

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: "Unterhaltung", "Kunst", "Sozialistische Literatur", "Kunstschau", "Für die Frauen", "Kochbuch", "Sport", "Der monatliche Besondere", "Der monatliche Besondere".

**Bezugpreis:** Die "Volksrecht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6, durch die Buchhandlungen der "Volksrecht", Neue Graupenstraße Nr. 6 und Neue Graupenstraße 11, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugpreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmk. + 8 Pf. Tragerlohn + 0,50 Rmk. monatlich 1,75 Rmk. + 8 Pf. Tragerlohn = 2,10 Rmk. Darin die Vor-empfangsgebühren 2,46 Rmk.

## Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprechanhänge: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 26 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verzeichnisse und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. das erste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

# Das schwankende Zentrum.

### Wirth redet für das Zentrum. — Das Zentrum läßt Ullrich fallen.

Berlin, 1. Februar 1928.

Die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Abg. Stoeker (Komm.) erklärt, die Rede des Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven sei den Deutschnationalen hinsichtlich unangenehm gewesen.

Abg. Graf zu Reventlow (Natsp.) bezeichnet die deutsche Außenpolitik als eine konsequente Unwahrhaftigkeit dem deutschen Volk gegenüber.

Abg. von Graefe (Wölk.) hebt in dem Damespall die Ursache des jetzt beginnenden Untergangs der deutschen Landwirtschaft und des Verfalls der übrigen Wirtschaftszweige.

Abg. Urbahn (Unter Komm.) stimmt dem Vortrager darin zu, daß die jetzige Außenpolitik auf Täuschung des Volkes beruht. Die offiziellen Kommunisten und die jetzige Sowjet-Regierung Russlands seien mitschuldig an der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie. Die offiziellen Kommunisten hätten Lenin verläßt und seien Kautskyaner geworden.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann:

Ich kann nicht mit dem Abg. v. Lindener die Rede des Abg. v. Freytagh als eine wertvolle Ergänzung meiner Rede betrachten. Die Deutschnationalen haben die Locarno-Politik nicht einmal terminiert anerkannt. Ihr Vertreter Dr. Hoeft hat auch in Bezug auf die Locarno-Politik. Wenn Abg. v. Freytagh eine Ablehnung der deutsch-französischen Verständigungspolitik fordert, so liegt darin ein Gegensatz zu der Haltung seiner Fraktion. Es ist nicht zu, daß diese Politik in eine Sackgasse geführt hätte. Herr v. Freytagh hat nicht den neuen Weg angegeben, den wir nach seiner Meinung einschlagen sollen. Der Gedanke an die Völkerbund durchzuführen, ist immer unser Bestreben gewesen; das wäre auch nicht ein neuer Weg unserer Politik. Wir haben mit der obligatorischen Schiedsgerichtsverpflichtung den übrigen Großmächten ein Beispiel gegeben und das den Verfall der kleineren Staaten errungen. Wir wollen die Politik der gegenseitigen Verständigung nicht verlassen. Der Locarno-Vertrag hat uns die Freiheit des Völkerrechts und viele andere Erleichterungen gebracht. Der Fortschritt geht natürlich nicht schrittweise.

Deutschland ist schon um seiner Selbsterhaltung willen zu einer solchen Politik genötigt. Natürlich ist seit Locarno nicht jede Spannung beseitigt. Darum kann ich auch an die französische Adresse die Mahnung richten: nun tut auch das Gute, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden kann. (Beifall.)

Die von französischer Seite gegen eine Rheinländeräumung angeführten Argumente treffen nicht den Kern. Wenn aber Frankreich die Fortdauer der Besetzung als einen Nachfaktor betrachtet, so wäre nicht zu verstehen, daß es diesen Nachfaktor für irgend eine Gegenleistung aus der Hand geben will. Wir hoffen, daß die leitenden französischen Kreise zu der Einsicht kommen, daß die Rheinländeräumung die allerbeste Wirkung für die Verständigungspolitik haben würde. Es ist nicht zu verkennen, daß der Gedanke der Verständigungspolitik seit der Bildung der jetzigen Regierung im deutschen Volke wesentliche Fortschritte gemacht hat. Dieses wachsende Verständnis wird nicht erschüttert werden durch eine parlamentarische Entgleisung. Die wir für vorgestern hier erlebt haben. Wenn der „Vorwärts“ sagt, Herr v. Lindener habe für die deutsch-nationale Fraktion die Ausführungen des Abg. v. Freytagh zugestimmt, so muß man berücksichtigen, in welcher Eile sich Abg. v. Lindener zu seiner Rede präparieren muß. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, bald die letzten Hemmnisse zu beseitigen, die einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit Frankreich am Werke des Weltfriedens noch entgegenstehen. (Beifall.)

Abg. Dr. Breilich (Soz.) weist die Ausführungen des Abg. v. Rheinbaben über die Resolution der Internationalen Konferenz in Luxemburg zurück. Wer jetzt noch diesen Resolution ein Entgegenkommen an den französischen Hauptpunkt herauslesen wollte, der verrate einen Mangel an Intelligenz, oder an Loyalität. Abg. v. Lindener habe im wesentlichen nur die Ausführungen des Abg. v. Freytagh bestätigt. (Heiterkeit.) Das Auswärtige Amt fordert der Redner auf, dasagen einzuschreiten, daß in der offiziellen Weisung der deutschen Marine von Offizieren Außenpolitik auf eigene Faust getrieben werde.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) erklärt, Dr. Stresemann habe im Verlauf der ersten Beratung der lokalen Opposition. Der geistige Zwischenfall habe wieder gezeigt, welche Rolle die Deutschnationalen spielen. Wenn der Minister die Regierung spreche, dann müsse er auch für die Parteien sprechen können, die hinter der Regierung stehen. Wenn er das nicht könne, so sei er in seinem Friedenswerk nicht nur kompromittiert, sondern auch isoliert. (Beifall links und im Zentrum.) Der Redner fährt fort:

Die deutsch-nationale Agitation bedarf keines Hefters als Material, mit dem die französischen Reaktionskräfte und die russische Propaganda die deutsche Verständigungspolitik verdrängen. Wir die wir in Opposition zu der jetzigen Regierung stehen (Bewegung), wir wollen das parlamentarische System in Deutschland zu einem brauchbaren Instrument der Außenpolitik machen. Die Welt ist willens, auf dem Wege der Verständigung mit dem deutschen Volk voranzufahren. Wir, die wir zur jetzigen Regierung in lokaler Opposition stehen (Hör, hört!), wir halten uns fern von jeder Unterstützung, die aus den Reihen der Deutschnationalen und Sozialisten kommen. (Beifall links und im Zentrum.)

Friedenswert des Außenministers und stärkt die Reaktion in Frankreich. Die Politik des Außenministers wird getragen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Das ist der beste Beweis für die Notwendigkeit, die Einheit mit der jetzt nur noch formell bestehenden Regierungskoalition zu machen. Das liegt im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens unter den Völkern (Beifall links und bei einem Teil des Zentrums).

Damit schließt die Aussprache. Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Außenminister eingebracht worden, der gegen die Antragsteller und die Völkischen abgelehnt wird. Auch die Deutschnationalen stimmen dagegen. Der Etat wird dann nach den Vorschlägen des Ausschusses mit den Ausschuß-Entscheidungen angenommen.

Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf über die Anrufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag in erster und zweiter Beratung angenommen. — Um 18 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

## Froschmäuse-Krieg zwischen Deutschnationalen und Zentrum.

Berlin, 1. Februar. (Eigener Bericht.) Die jüngsten Vorgänge sind noch in aller Erinnerung. Der Außenminister spricht für die Verständigungspolitik, während ihn seine Freunde zur Reaktion trotz aller Zusicherungen an die Politik der Verständigung drängen. Die Folge ist eine scharfe Attacke des Zentrums gegen die Deutsch-nationale Fraktion durch den Prälaten Ullrich. Eine Erklärung folgt der anderen. Das Ende vom Lied war ein ergötzlicher Notenkrieg. In den Reihen des Zentrums und der Deutschnationalen gab und gibt es Leute, die sich durch die Angriffe Ullrichs, der Parteianhänger im Lande wegen "brüskiert" fühlen bzw. unzufrieden zeigen. Also trafen sich Westarp und Guérard am Mittwoch vormittag, um sich gegenseitig ihr Leid zu klagen. Im vertrauten Winkel setzten sie sich beisammen und plauderte über die "rein persönliche Meinung" von diesem und jenem. Westarp rückte von Freytagh-Loringhoven ab, wie es deutlicher nicht sein konnte, und Guérard goß etwas Wasser in den lauren Wein des Herrn Ullrich. Raum waren beide auseinandergegangen, als Westarp dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages die vertraulichen Worte im Munde umdrehte. Alles sei — so ließ er durch ein Nachrichtenbüro erklären — erledigt, nachdem das Zentrum von Ullrich abgerückt wäre. Großes Entsetzen im Zentrums-lager und bei Herrn Guérard. In der nächsten Bierstunde war Westarp bereits im Besitze eines Briefes von Guérard mit der Aufforderung, alles zurückzunehmen, oder... Was hinter diesem "oder" steckte, verlautete offiziell nicht. Krise oder gar Auflösung? Nein, nichts von beidem. Der § 11 des Freiregesetzes sollte gegenüber den deutschnationalen Organen in Anwendung gebracht werden, falls nicht unmittelbar ein Widerruf des Grafen Westarp erfolgen würde. Was machen? jagte Westarp.

Die Kurieren sausten hin und her. Man verhandelte und fuhrhandelte, bis sich die streitenden Brüder schließlich persönlich zusammensetzten und ein Communiqué vereinbarten, das unter deutsch-nationaler Flagge der Öffentlichkeit übergeben wurde. Zwar nimmt Westarp darin keine angeblichen Verdröhnungen; nicht ausdrücklich zurück, aber sie werden auch nicht aufrecht erhalten. Der Dumme bei der ganzen Geschichte ist der offizielle Fraktionsredner des Zentrums vom Tage zuvor, Prälat Ullrich. Ihm wird befohlen, daß er zwar einzelne Fragen an die Deutsch-nationale Volkspartei richten sollte, "Angriffe aber nicht beabsichtigt waren". Damit soll der Zwischenfall endgültig als erledigt gelten. Die Kosten trägt Ullrich, und darin liegt unseres Erachtens der Stempel des ganzen Streites.

Berlin, 2. Februar. (Eigener Funkenbericht.)

Im Zusammenhang mit dem gestern geführten Notenkrieg zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums schreibt heute die "Germania": "Auch wenn die gegenwärtige Reichsregierung nicht mehr allzu lange bestehen sollte, müssen die Deutschnationalen für diese Zeit es in Kauf nehmen, daß sie an gewisse Tatsachen und Verpflichtungen erinnert werden, die nun einmal mit dem Leben dieser Regierung verbunden bleiben werden." Danach läßt man langsam also auch im Lager der Koalition die Hoffnung auf eine noch lange Existenz der gegenwärtigen Regierung fahren.

Heutigen wurde gestern im Reichstag die Mitteilung verbreitet, daß Stresemann eine Auflösung des Reichstages nach der Berücksichtigung des Etats angekündigt habe.

Kr. Der Bericht über die gestrige Reichstagsführung zeigt deutlich, daß das Zentrum sich in den letzten Tagen konsequent bemüht, seine Anhängerhaft und die Öffentlichkeit zu täuschen und einen falschen Eindruck von seiner Politik zu erzeugen. Wir haben das schon gestern festgestellt. Die inzwischen eingetretenen Ereignisse bestätigen es aufs neue. Der Zweck des Zentrum

mit diesen Koftäuscher-Methoden verfolgt, ist, den Eindruck zu erwecken, als ob tatsächlich nicht das Zentrum in der Koalition mit den Deutschnationalen der politische Gefangene sei, sondern umgekehrt die Deutschnationalen, als ob das Zentrum die Deutschnationalen besonders in der Außenpolitik fest an der Strippe habe. Zu diesem Zwecke wurde zuerst der Prälat Ullrich vorgeschickt, um in scharfer Weise gegen die außenpolitischen Entgleisungen des deutsch-nationalen Redners Freytagh-Loringhoven zu protestieren und die Deutschnationalen nach allen Regeln der Kunst abzufangen. Als dann aber die Deutschnationalen es ablehnten, die entsprechenden Erklärungen abzugeben, verlor man in der Zentrumsfraktion den Mut und gab sich ohne weiteres zufrieden, ohne sich daran zu kosten, daß man damit seinen eigenen Fraktionsredner desavouierte. Das machte nun in der Öffentlichkeit einen sehr schlechten Eindruck. Überall wurde deutlich von einem Unfall des Zentrums gesprochen. Infolgedessen sah man sich genötigt, etwas zu tun, um den schlechten Eindruck dieses Unfalles wieder zu verwischen. Deshalb wurde — man höre und staune — als Redner zweiter Garnitur für das Zentrum Dr. Wirth vorgeschickt, der, obwohl alle Welt weiß, daß dieser Mann zu der gegenwärtigen Regierung in Opposition steht, mehrfach gegen sie gestimmt hat und sogar seine Stimme für das Mißtrauensvotum gegen die Regierung abgab. Dr. Wirth nahm denn auch kein Blatt vor den Mund und sagte den Deutschnationalen wiederum einige erfrischende Deutlichkeiten, die besonders dadurch noch an Gewicht gewannen, daß in der gleichen Sitzung auch Stresemann den Deutschnationalen deutlich entgegentrat. So kam es, daß in der Rede des Vertreters einer der hauptsächlichsten Regierungsparteien die Redefloskel vorkam: "wir, die wir zur gegenwärtigen Regierung in lokaler Opposition stehen".

Ob das Zentrum gar nicht merkt, wie es sich durch eine solche Komödie vor aller Welt lächerlich macht? Natürlich hat es auch jetzt wieder das Hintertüchlein zu behaupten, daß Herr Wirth nur in seinem eigenen Namen geredet habe. Daß das aber eine faule Ausrede wäre, ergibt sich bereits daraus, daß nach der Geschäftsordnung des Reichstages zu den Staatsdebatten immer nur die Vertreter der Parteien Rederecht haben. Außerdem muß man aber auch deshalb annehmen, daß Wirth als zweiter Redner des Zentrums aufgetreten ist, weil das Zentrum keinen anderen Redner in der zweiten Rednergarnitur mehr vorgeschickt hat. So muß angenommen werden, daß die Zentrumsfraktion mit Absicht Dr. Wirth auf die Deutschnationalen hat antworten lassen.

Aber auch das war wiederum nur eitel Schaumbläse. Das geht aus dem ebenfalls vorstehend abgedruckten Notenkrieg zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum hervor. Als die Deutschnationalen nämlich merkten, daß die Zentrumsfraktion keine Konsequenzen aus ihrer Ablehnung, das Verlangen des Prälaten Ullrich zu erfüllen, zog, drehten sie den Spieß um und verlangten nun vom Zentrum Genugtuung wegen des unqualifizierbaren Vorstoßes des Prälaten Ullrich gegen sie. Es fand die oben geschilderte Zusammenkunft zwischen Westarp und Guérard statt, und das Hin und Her über den Inhalt dieser Zusammenkunft, das vorstehend geschildert wird. Auch hier hat das Zentrum zuletzt kein beigetragen. Der erste Brief des Herrn v. Guérard auf die unwahre Mitteilung der Deutschnationalen an die Presse war nämlich wesentlich deutlicher als das Communiqué, das zuletzt vereinbart worden ist. In diesem Brief hieß es kurz und bündig: "Ich erhalte soeben die von Ihnen herausgegebene Mitteilung. Dieselbe enthält den Satz, daß Ihnen von führender Stelle des Zentrums mitgeteilt worden sei, daß der vom Abg. Ullrich vorgebrachte Angriff den Absichten des Zentrums nicht entsprochen habe. Diese Mitteilung habe ich in dieser Form nicht gemacht, und muß ich daher bitten, die Zeitungsnachricht zurückzuziehen." In dem später verarbeiteten Communiqué dagegen wird diese erste Zeitungsnachricht der Deutschnationalen nicht zurückgegeben, und während die Zentrumspresse, insbesondere die "Germania", behauptet, die Mitteilung, daß der vom Abg. Ullrich vorgebrachte Angriff den Absichten des Zentrums nicht entsprochen habe, treffe in keiner Weise zu, die Zentrumsfraktion sei vielmehr mit dem Abg. Ullrich vollkommen einverstanden, wird in diesem Communiqué sehr wohl, wenigstens zum Teil, vom Prälaten Ullrich abgerückt und dieser damit endgültig fallen gelassen und den Deutschnationalen geopfert. Also auch in diesem Falle hat das Zentrum wieder dem Drängen der Deutschnationalen nachgegeben und damit gezeigt, daß es auch der Spitze der Deutschnationalen zu tunge hat und nicht umgekehrt die Deutschnationalen nach seiner Weise. Diese nun auf außenpolitischem Gebiete eben doch, was sie wollen, unabhängig von allen Richtlinien, die jemals vereinbart worden sind.

Alle diese Ereignisse, die an sich fürchterlich lächerlich und komisch wären, wenn sich in ihnen nicht die vollendete politische Charakterlosigkeit einer großen Partei ausdrückte, können nur so gedeutet werden, daß das Zentrum nach der Rebellion seines Arbeiterlagers das Bedürfnis empfindet, diesen Arbeiterlagers zu beruhigen und den Anschein zu erwecken, als ob das Zentrum mit den Deutschnationalen ein



# Der Prager Kongress.

Aus Prag wird uns geschrieben:

So ist denn der Traum Josef Seigers, des unvergesslichen Führers der subeindeutschen Sozialdemokratie, der Traum von Proletarierkongress, Wirklichkeit geworden! Die Vertrauensleute aller sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei, tschechische, slowakische, deutsche, polnische, magyarische und karpathorussische Arbeiter, waren in Prag versammelt, haben den ersten entscheidenden Schritt zur Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung in diesem Lande getan! Zwar schlossen auf diesem Proletarierkongress die Vertreter der kommunistischen Partei, die in der Tschechoslowakei noch immer sehr stark ist, und so bleibt die Zerklüftung des Proletariats in zwei große Lager bestehen — aber da wirkliche Verständigung mit den Kommunisten derzeit in keinem Lande möglich ist, wird mit der Annäherung zwischen den sozialdemokratischen Parteien jenes Stadium von Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung angedeutet, das derzeit überhaupt denkbar ist. Weshalb wird dadurch den Kommunisten eines ihrer wirksamsten Argumente, die Gegenüberstellung des Internationalismus ihrer Partei gegen die Zerrissenheit der Sozialdemokratie, entzogen, und es kann nicht bezweifelt werden, daß der Kongress damit der Weiterentwicklung der kommunistischen Partei einen starken Damm entgegenzusetzen hat.

Der erste Schritt auf dem Wege zum Zusammenschluß der sozialdemokratischen Parteien war der Kongress, noch nicht der Zusammenschluß selbst. Aber ein erster Schritt auf einem verheißungsvollen Wege.

Die Größe des Ereignisses kann man nur würdigen, wenn man sich dessen erinnert, daß es Zeiten gab, da die Kluft zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten unüberbrückbar schien. Die tschechischen Genossen bildeten gemeinsam mit allen Parteien ihrer Nation eine Regierung, der die deutschen Arbeiter in erbitterter Opposition gegenüberstanden. Die tschechischen Sozialdemokraten, die den Staat mitgesteuert hatten, führten sich für ihn mitverantwortlich, waren eifrig an seinem Aufbau mit tätig. Die deutschen Sozialdemokraten aber hatten sich der Eingliederung von dreieinhalb Millionen Deutschen in die Tschechoslowakei heftig widersetzt, sie sahen in diesem Staat ein Instrument nationaler Fremdherrschaft und ein Werkzeug der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Sie standen einander gegenüber in der Verächtlichkeit der Staatsauffassung und gegensätzliche Anschauungen über die Gestaltung des Zusammenlebens der Nationen im Nationalitätenstaat. Freilich: den Glauben an die menschliche Verständigung mit den tschechischen Arbeitern haben die deutschen Sozialdemokraten nie aufgegeben. Sie waren überzeugt, daß die Geschicklichkeit der kapitalistischen Entwicklung schließlich das Bündnis zwischen den tschechischen Arbeitern und der tschechischen Bourgeoisie unmöglich machen werde, daß das Klasseninteresse schließlich über das vermeintliche gemeinsame nationale Interesse siegen müsse. Sie haben mit ihrer Ueberzeugung recht behalten.

Als das Bürgerium dazu stark genug geworden war, befreite es sich von der Bundesgenossenschaft der Arbeiter, schloß es sich mit den deutschen Bürgerparteien zu einem antisozialistischen Block zusammen. Die Tätigkeit dieses Bürgerblocks zwang die Arbeiter in eine Kampffront.

Die Sozialversicherung, die erst vor einem Jahre in Kraft trat, war die Krönung der sozialpolitischen Gesetzgebung der Tschechoslowakei. Die tschechischen Genossen hatten eifrig an der Schaffung dieses Gesetzes mitgearbeitet und mancherlei Opfer gebracht, um innerhalb der antisozialistischen Koalition die Annahme dieses großen Reformwerkes zu sichern. Aber kaum war das Bürgerium zur Meinherrschaft gelangt, so schickte es sich an, auch die Sozialversicherung so zu „novellieren“, daß sie für die Arbeiter fast wertlos zu werden droht. Der Kampf gegen diese Novellierung der Sozialversicherung wurde von tschechischen und deutschen Sozialdemokraten gemeinsam geführt. Um ihn zu führen, um die Kräfte des gesamten sozialdemokratischen Proletariats zu mobilisieren, wurde der Kongress aller sozialdemokratischen Parteien einberufen.

Aber konnte ein proletarischer Kongress, der in einer Zeit höchstschwerer Klassenherrschaft eines Bürgerblocks zusammentrat, sich begnügen mit der Organisierung des Kampfes gegen die Novellierung der Sozialversicherung? Nichts war selbstverständlicher, als daß während der Vorbereitung des Kongresses die Notwendigkeit erkannt wurde, ihn zum Ausgangspunkte dauernder Kampfgemeinschaft der sozialdemokratischen Parteien zu machen. Rollen doch auch die Massen der Arbeiter nichts schlichter als die Einigung!

Aus jedem Wort der Redner auf dem Kongress, ob bekannte Führer der Parteien sprachen oder Arbeiter aus den Betrieben, hing diese Sehnsucht. Der Kongress war beherrscht von dem Gefühl: wir müssen zur Verständigung kommen! Und die Verständigung gelang.

Die deutschen Genossen, die, seit die Friedensverträge über das tschechische Schicksal der Subeindeutschen entschieden, alle irre-dentistischen Abenteuer entschieden abgelehnt hatten, konnten die Beforgnisse der tschechischen Genossen über ihre Stellung zum Staate zerstreuen. Sie konnten erklären, daß ihr Kampf gegen das Regierungssystem kein Kampf gegen die Republik ist und es kam zur glücklichen Formulierung einer politischen Resolution, in der erklärt wird, daß die sozialdemokratischen Parteien „auf dem Boden des Staates, auf den sie die Geschickte gestellt hat und auf dem das Proletariat aller Nationen zu gemeinsamem Schicksal auf Geduld und Verderb verbunden ist, da dessen Ausgestaltung in einem sozialistischen Staat ihr Ziel ist“, in brüderlicher Zusammenarbeit der großen Aufgabe der Einigung des Proletariats unterliegen werden.“

Es wurde ein vorbereitender Ausschuss eingesetzt, dessen Aufgabe es ist, alle die wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen Probleme betreffenden programmativischen und organisatorischen Arbeiten vorzubereiten. Damit ist auch unzerhüllt zugegeben, daß es noch viele Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien gibt, aber es wird endlich auch mit der Diskussion über sie begonnen und es ist nun der Wille lebendig geworden, diese Diskussion so zu führen, daß an ihrem Ende die Verständigung steht. Das ist die ungeheure Leistung des Prager Kongresses.

Die ungeklärten Probleme der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei waren eine schwere Belastung und eine Verlegenheit für die Internationale. In absehbarer Zeit aber wird das geeinte Proletariat der Tschechoslowakei eine der besten Kampftruppen der Internationale sein — eine neue Kraftquelle der internationalen Arbeiterbewegung!

## Teil-Einigung zwischen Frankreich und Amerika.

Der neue Schiedsgerichtsvertrag fertig.

Paris, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Außenminister Briand empfing am Mittwoch den amerikanischen Botschafter in Paris zu einer längeren Besprechung. Gleichzeitig wird von zuverlässiger Stelle bekannt gegeben, daß der französisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag, der an Stelle der am 10. Februar ablaufenden Abtragsabkommen aus den Jahren 1908 und 1914 treten soll, am 6. Februar unterzeichnet werden wird. Der neue Vertrag wird das Prinzip der schiedsgerichtlichen Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in weitgehenderem Maße als die bisherigen Uebereinkommen festlegen und an Einschränkungen nur noch die amerikanischen Verpflichtungen aus der Monroe-Doktrin und die französischen Verbindlichkeiten auf Grund des Völkervertrages enthalten.

In der Prämisse wird außerdem der Krieg als Mittel zur Austragung von Streitigkeiten zwischen den beiden Mächten ausgeschlossen. Der Abschluß des Vertrages erfolgt unabhängig von den französisch-amerikanischen Verhandlungen über einen allgemeinen Antifreihandelsvertrag.

# Ein Erfolg der Sozialdemokratie.

Eine Teilreform des Betriebsrätegesetzes durchgesetzt.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hatte zur Sicherung der Betriebsräte wählen im sozialpolitischen Ausschuss den Antrag gestellt, daß bei einem Verlangen des Arbeitgebers in der Bestellung des Wahlvorstandes die Bestimmung nicht nur dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts übertragen werden müsse, sondern daß auch die Gewerkschaften antragsberechtigt sein sollen. Nur so würden die einzelnen Arbeiter und Angehörigen gegen die Gefahr neuer Maßregelungen geschützt werden. Abg. Aufhäuser (Soz.) wies darauf hin, daß nach der neueren Sozialgesetzgebung das Recht des einzelnen Arbeitnehmers auch kollektiv von seiner Vereinigung ausgeübt werden könne.

In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit Mehrheit angenommen. Weiter wurde eine Änderung des § 95 des B.R.G. beschlossen, wonach künftig dem Arbeitgeber unterlag ist, seine Arbeitnehmer in der Ausübung der sich aus dem Betriebsrätegesetz ergebenden Rechte zu beschränken oder sie deswegen zu benachteiligen. Bisher bezog sich dieser Schutz der Arbeitnehmer nur auf die Ausübung des Wahlrechtes.

Das Zentrum stimmte für den sozialdemokratischen Antrag. Die Abg. Keffler (D.P.) und Kademacher (Dn. B.) waren über die Haltung des Zentrums sehr ungehalten und suchten mit juristischen Spitzindigkeiten den wahren Grund ihres Argers zu verkleinern. Abg. Behrens (Dn. B.) vertrat einen ganz anderen Standpunkt wie sein Fraktionsgenosse Kademacher. Der Arbeitnehmervertreter der Volkspartei, Abg. Thiel, war in der entscheidenden Sitzung wiederum „zufällig“ nicht anwesend.

Die Berlage soll nächste Woche in Verbindung mit dem Etat des Reichsarbeitsministeriums vom Plenum verabschiedet werden.

## Deutschnationale Korruption.

Untreue und Betrugsverfahren gegen mehrere deutschnationale Politiker.

Dem Reichstag ist dieser Tage ein Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart zur Genehmigung eines Strafverfahrens gegen den deutschnationalen Abgeordneten Siller (Württemberg) wegen eines gemeinschaftlich begangenen Betruges der erschwerenden Untreue überreicht worden. Dieser Antrag ist erwachsen aus einer großen Betrugsaffäre, in deren Mittelpunkt der bisherige deutschnationale Gemeinderat und Präsident der Stuttgarter Handwerkskammer, Triebrobermeister Wolf, steht. Seit Monaten jagt Wolf und mit ihm der Handwerkskammerpräsident Dr. Gerhardt in Untersuchungshaft. Ihnen wird zur Last gelegt, große Geldbeträge der Handwerkskammer veruntreut zu haben.

Die Staatsanwaltschaft hat sämtliche Vorstandsmitglieder der Handwerkskammer, zu denen sowohl der württembergische deutschnationale Landtagsabgeordnete Fischer als auch der Reichstagsabgeordnete Siller gehören, in das Strafverfahren einbezogen. Siller wird beschuldigt: 1. für die Errichtung einer schwarzen Kasse, die im Geheimen gespeist wurde, aus den Kurgeldern für die Weiterprüfung, 2. für die geschwindige Abweisung eines Fonds an den Präsidenten Wolf, der falsch liquidiert wurde, 3. für die Ueberhebung von Tagelohnen durch die Mitglieder der Handwerkskammer mitverantwortlich zu sein. Siller selbst soll nach einer nicht vollständigen Zusammenstellung mehr als 500 Mark an Diäten zu viel erhoben haben. Er bestreitet jedoch die Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft und erucht den Reichstag um Aufhebung seiner Immunität, um seine Unschuld beweisen zu können. Vielleicht tut ihm der Reichstag diesen Gefallen.

## Klassenjustiz!

Wieder ein überaus mildes Urteil gegen rechtsstehende Verleumder.

Leipzig, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Vom Bezirks-Schöffengericht in Mainz war am 28. Oktober 1927 der Schriftleiter Friedrich Glahn aus Mainz wegen schwerverleumdung von sozialdemokratischen Ministern zu der niedrigen Geldstrafe von 200 Mark verurteilt worden. Glahn hatte in einer Zeitschrift ein Spottgedicht veröffentlicht, in dem er verlebendete führende Sozialdemokraten nachschlichtete und ihnen vermerkt, sie als Minister gelund gemacht und gestohlen zu haben. Vor allem wollte er die sozialdemokratischen Minister in Hessen verächtlichen.

Der heftige Ministerpräsident Ulrich und der Arbeitsminister Kaufmann daraufhin Strafantrag gegen Glahn. Obwohl die Vorinstanz den Verleumder nur zu der niedrigen Geldstrafe von 200 Mark verurteilte, legte Glahn Revision ein. Der Erste Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte am Dienstag nochmals in dieser Sache und kam zur Verwerfung der Revision.

## Graef sammelt Entschuldigungen.

Berlin, 1. Februar. (Eigener Bericht.) Der Aeltestenrat des Reichstages befaßte sich am Mittwoch u. a. mit der jämmerlichen Geschäftsführung des deutschnationalen Vizepräsidenten Graef in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages. Graef entschuldigte sich damit, daß er durch die im Hause herrschende Unruhe den Ausführungen des völkischen Abgeordneten Frid nicht ganz habe folgen können. Er wäre gegen Frid eingeschritten, wenn er die beleidigenden Äußerungen gegen Erzberger, Rathenau und die Deutsche Republik gehört hätte.

Der Aeltestenausschuss betrachtete damit in seiner Mehrheit den Zwischenfall als erledigt. Am Donnerstag wird im Plenum die Abstimmung über die Einprüche der beiden kommunistischen Abgeordneten, die vom Vizepräsidenten Graef ausgeschlossen wurden, erfolgen. Die Anträge werden voraussichtlich abgelehnt.

## Leon Blum

erneut für die Rheinlandräumung.

Paris, 1. Februar. (Eigener Funkenbericht.)

Der sozialistische Parteiführer Leon Blum stellt heute im „Populaire“ fest, daß Deutschland das größte moralische und juristische Recht habe, die sofortige Räumung des Rheinlandes zu fordern.

## Polen unterzeichnet die Völkerverbündenskonvention gegen Aus- und Einfuhrverbote

Genf, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die polnische Regierung hat nunmehr ebenfalls die Völkerverbündenskonvention gegen Aus- und Einfuhrverbote mit Beschränkungen unterzeichnet. Allerdings behält sie sich alle Maßnahmen in bezug auf ihren Außenhandel mit Kohlen, Holzprodukten und Petroleum vor. Da sich inzwischen auch Portugal ohne jeden Vorbehalt angeschlossen hat, sind der Konvention bis jetzt über 20 Länder beigetreten. Madrid hat die Ratifizierung vorbehalten, England und Frankreich haben sich nur für das Vorkaufsrecht gebunden. Die Frist für den Beitritt unter Vorbehalt ist am Dienstag abgelaufen.

Im März wird die zünftige Kommission des Völkerverbündens über einen Weg zur Beseitigung der den internationalen Waren-

# Der Schritt der Kleinen Entente

Wegen der ungarischen Waffenlieferungen.

Genf, 1. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Vertreter der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumänien haben dem Generalsekretär des Völkerverbündens am Mittwoch nachmittag eine Note und ein Memorandum über die ungarische Waffenlieferungsaffäre übergeben. Gleichlautend fordern die drei Mächte unter Berufung auf den Friedensvertrag von Trianon die Behandlung der Angelegenheit in der am 5. März beginnenden Ratstagung.

Während aber Jugoslawien und die Tschechoslowakei den Rat auf die Investigativprotokolle von 1926 und 1924 aufmerksam machen, führt Rumänien nur die viel milderen Investigativvorschriften von 1926 an. Die rumänische Note stellt den Fall ferner als leicht dar und behauptet, er hätte zu keinen ernstern Zwischenfällen geführt.

In der am stärksten gehaltenen jugoslawischen Note wird der Antrag mit folgenden Worten verhandelt: „Die königliche Regierung ist der Meinung, daß es von allgemeinem Weltinteresse ist, daß dieser Zwischenfall, der das öffentliche Vertrauen in den tatsächlichen Wert der internationalen Verträge ernsthaft erschüttern könnte, vollständig aufgeklärt wird. Sie legt es als ihre Pflicht an, die Aufmerksamkeit des Völkerverbündens auf die Konsequenzen zu lenken, die sich daraus ergeben könnten; deshalb appelliert sie an die Rechte und Pflichten des Rates, unter diesen Umständen zu intervenieren, um ernstern Ereignissen oder Folgen vorzubeugen und fordert ihn auf, in bezug auf die Militärkontrolle über Ungarn die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus diesen Pflichten und Rechten gemäß dem Friedensvertrag von Trianon ergeben.“

Die drei Memoranden enthalten im übrigen gleichlautende Darstellungen über die Entbedung der Waffenengewehe. Die Noten und Memoranden werden jetzt vom Sekretariat den Ratsmächten und der permanenten Militärkommission überreicht. Ungarn wird von den eingelaufenen Anfragen ebenfalls benachrichtigt und wahrscheinlich aufgefordert, sich im Rat selbst zu verteidigen.

## Ein Balkan-Locarno?

Die Türkei trägt in Sofia und Belgrad an.

Sofia, 1. Februar. (Eigener Bericht.) Die Vertreter der Regierung in Sofia und Belgrad haben von ihren Regierungen den Auftrag erhalten, über die Geneigtheit Jugoslawiens und Bulgariens für ein Balkan-Locarno Erkundigungen einzuziehen und die Bereitschaft der Türkei als Mittelsmann für die Einberufung einer entsprechenden Konferenz zu erklären. Die zwischen Bulgarien und der Türkei inzwischen über die verschiedensten Differenzen erzielte Verständigung bildet nach der Ansicht der türkischen Staatsmänner sowohl im Geist wie in der Form eine Basis für einen Balkan-Locarno und das zuverlässigste Mittel für die Abwehr der von Italien her drohenden Gefahren, denen gegenüber alle Differenzen der Balkanstaaten untereinander belanglos seien.

## Ein Bizanzler als Verleumder.

Natürlich ein Christlichsozialer. — Er bekommt die richtige Antwort.

Wien, 1. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Im Nationalrat gab es am Mittwoch kräftige Szenen. Die Sozialdemokraten hatten eine dringliche Anfrage zu den Hebergriffen des Landes-Gendarmerie-Kommandos in Oberösterreich gegen die freien Gewerkschaften angebracht. Bei der Beantwortung der Anfrage erklärte der Bizanzler, der sozialdemokratische Bürgermeister Selz habe in einem Zwischenruf alle Gendarmen als Gehäufel bezeichnet. Die Sozialdemokraten verlangten sofort einen Widerruf dieser Äußerung. Daraufhin kam es zu heftigen Zusammenstößen, so daß die Sitzung auf längere Zeit unterbrochen werden mußte. Bei Wiedereröffnung mußte sich der Bizanzler schließlich doch zu einem Widerruf bequemen.

## Sieg des Militärs in Belgien.

Keine Herabsetzung der Militärdienstzeit.

Brüssel, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der Diensttagung der Gemischten Militärkommission erklärte sich der Chef des Generalstabes General Gaillet mit größter Entschiedenheit gegen die Herabsetzung der Dienstzeit im Heere. Die gegenwärtig geltenden 10 Monate seien kaum hinreichend, an eine weitere Verminderung sei nicht zu denken.

Diese Erklärung vernichtet auch die letzten Hoffnungen, von der gegenwärtigen Regierung eine Herabsetzung der Dienstzeit zu erlangen. Dadurch werden die christlichen Demokraten, die bisher glaubten, eine Reform auch in der gegenwärtigen Koalition durchsetzen zu können, vor eine schwierige Frage gestellt. Anscheinend versucht man sie durch die in Aussicht gestellte Scheidung des Heeres in flämisch und französisch sprechende Regimenter zu bewegen, der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Dienstzeit zuzustimmen. Es bleibt abzuwarten, welchen Erfolg dieses Manöver haben wird.

In der nächsten Sitzung der Kommission, die am Donnerstag stattfindet, wird der sozialdemokratische Abgeordnete de Broeckere, der als Sachverständiger geladen ist, sein Gutachten abgeben.

## Das Programm der norwegischen Arbeiterregierung.

Wiederaufhebung des Antifreihandels.

Oslo, 1. Februar. (Eigener Bericht.) Die norwegische Arbeiterregierung hat am Dienstag vor dem Storting ihre Programmerkklärung abgegeben. In ihr schlägt sie unter anderem die Aufhebung des Gesetzes über den Schutz der Arbeitsfreiheit vor. Es handelt sich hier um ein im vorigen Jahr von der Rechtsmehrheit beschlossenes Antifreihandelsgesetz. Auch das Gesetz über die direkte Unterstützung des Getreidebaues soll abgelehnt werden. Statt dessen will man ein Staatsmonopol errichten. Als eine ihrer Hauptaufgaben bezeichnet die Regierung den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und eine direkte Verteilung der Steuerlasten. Aus diesem Grunde soll außerliche Sparmaßnahmen werden.

## Katholische Blutpriester geschlagen.

Sieglo-City, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ein Trupp von 700 Rebellen, der unter Führung des katholischen Priesters Cjarga stand, wurde durch Regierungstruppen nach schwerem Kampfe vernichtend geschlagen. 47 Rebellen, darunter deren Führer, fielen im Verlauf des Kampfes; weitere 17 ertranken auf der Flucht.

## Luther kriegt demnächst Antwort. Otto Braun verlegt.

Berlin, 1. Februar. (Eigener Bericht.) Der Preussische Ministerpräsident wird in den nächsten Tagen auf den Brief des Reichstages a. D. Dr. Luther über den Streit um den preussischen im Verwaltungsrat der Reichsbahn antworten. Braun ist dazu zurzeit noch nicht in der Lage, da er am Morgen des 28. Januar infolge des Sturmes vor dem Dienstgebäude gefallen ist und sich Querschnitts-Lähmung am Rücken gemeldet hat.

**Stadttheater**  
 (Opernhaus)  
 Donnerstag  
 20 bis 22 Uhr  
 12. Abom. Hochell.  
 Seite E 4-60  
**Die Schneider von Schönan**  
 Freitag  
 21 bis 22 Uhr  
 12. Abom. Hochell.  
 Seite C  
**„Die Prinzessin von Trabun“**  
 Sonnabend  
 20 bis 22.15 Uhr  
**Der Traubebauer**

**Lobe-Theater**  
 Tel.: Ring 6774  
 Donnerstag u. Freitag  
 21 Uhr  
**Gedicht Eugen Kibler**  
 and seine Schauspieler  
**Die Reichenkinder**  
 Drama v. Rich. Dehmel  
 Sonnabend, 20 Uhr  
 (und täglich)  
**„Traummelieder“**  
 Ein Heldenstück  
 v. K. H. Dufes, deutsch  
 von Alfred Wolfenstein  
 Inszenierung: Paul Barany

**Thalia-Theater**  
 Tel.: Ring 6740  
 Donnerstag u. Freitag  
 20 Uhr  
 Zum letzten Male!  
**„Die Nixe“**  
 Sonnabend, 20 Uhr  
 Zum ersten Male!  
**„Das Kamel geht durch das Nadelohr“**  
 Entworfen v. Franzel Wagner

**Schauspielhaus**  
 Operettentheater  
 Tel. Stephan 3020  
 Täglich 20 Uhr:  
**„Die Frau von 18“**

**Circus Busch**  
 Schau-Arena  
 Heute ringen:  
 Tiger - Kämpfe  
 Kawan - Baba - Seman  
 Entscheidungskampf  
 Steura - Grilich

**„Format“**  
 Sonntag Nachm. 15<sup>1/2</sup> Uhr  
**„Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“**  
**Drucker's Hofswagel**  
 fertigt moderne Druckmaschinen  
 Breslau 2, Kurze Straße 4/6

**Bräuer's Festsäle**  
 Gubitzstraße 23  
 In: Paul Gröner  
 Heute Donnerstag sowie jeden Sonntag:  
**Gesellschaftstanz**  
 „Saxo - Jazz - Orchester“

**Am Sonntag, den 5. Februar**  
**billiger Tag im Zoo**  
 Eintrittspreis 50 Pf. / Kinder die Hälfte

**Brennholzverkauf.**  
 Aus der Parthelner Strachate werden für staatliches Material Schmoisch (Herrnstr. Ohle 3123) am Dienstag, den 7. Februar 1928, vorm. 10 Uhr, im **„Saxo“** Hofswagel in Schmoisch, Kr. Breslau 39 im Eigentum, 10 im Eigentum, 5 im Eigentum, 1. Klasse, 6 im Eigentum, 6 im Eigentum, 7 im Eigentum, 1. Klasse, 3 im Eigentum, 2 im Eigentum, 1. Klasse in Einheiten von 2-4 im öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

**Kein Laden! 3. Stock.**  
**Unerreicht billig**  
 durch Eigenfabrikation bringen wir  
**ca. 300 Stück**  
 zum Teil bis  
**50%**  
 ermäßigt  
**Damen- u. Mädchen-Mäntel und Kostüme**  
**Wohl & Alexander**  
 Am Rathhaus 25  
 Hensel-Fuchs-Haus



**Nur das Gute bricht sich Bahn!**  
 Berufskleidung in nur 10 Qualitäten  
  
**Oskar Dehmel, Breslau 1, Markt 11**

**MÖBEL**  
 Kleines Lager, 1-2-3-4-5-6-7-8-9-10-11-12-13-14-15-16-17-18-19-20-21-22-23-24-25-26-27-28-29-30-31-32-33-34-35-36-37-38-39-40-41-42-43-44-45-46-47-48-49-50-51-52-53-54-55-56-57-58-59-60-61-62-63-64-65-66-67-68-69-70-71-72-73-74-75-76-77-78-79-80-81-82-83-84-85-86-87-88-89-90-91-92-93-94-95-96-97-98-99-100-101-102-103-104-105-106-107-108-109-110-111-112-113-114-115-116-117-118-119-120-121-122-123-124-125-126-127-128-129-130-131-132-133-134-135-136-137-138-139-140-141-142-143-144-145-146-147-148-149-150-151-152-153-154-155-156-157-158-159-160-161-162-163-164-165-166-167-168-169-170-171-172-173-174-175-176-177-178-179-180-181-182-183-184-185-186-187-188-189-190-191-192-193-194-195-196-197-198-199-200-201-202-203-204-205-206-207-208-209-210-211-212-213-214-215-216-217-218-219-220-221-222-223-224-225-226-227-228-229-230-231-232-233-234-235-236-237-238-239-240-241-242-243-244-245-246-247-248-249-250-251-252-253-254-255-256-257-258-259-260-261-262-263-264-265-266-267-268-269-270-271-272-273-274-275-276-277-278-279-280-281-282-283-284-285-286-287-288-289-290-291-292-293-294-295-296-297-298-299-300-301-302-303-304-305-306-307-308-309-310-311-312-313-314-315-316-317-318-319-320-321-322-323-324-325-326-327-328-329-330-331-332-333-334-335-336-337-338-339-340-341-342-343-344-345-346-347-348-349-350-351-352-353-354-355-356-357-358-359-360-361-362-363-364-365-366-367-368-369-370-371-372-373-374-375-376-377-378-379-380-381-382-383-384-385-386-387-388-389-390-391-392-393-394-395-396-397-398-399-400-401-402-403-404-405-406-407-408-409-410-411-412-413-414-415-416-417-418-419-420-421-422-423-424-425-426-427-428-429-430-431-432-433-434-435-436-437-438-439-440-441-442-443-444-445-446-447-448-449-450-451-452-453-454-455-456-457-458-459-460-461-462-463-464-465-466-467-468-469-470-471-472-473-474-475-476-477-478-479-480-481-482-483-484-485-486-487-488-489-490-491-492-493-494-495-496-497-498-499-500-501-502-503-504-505-506-507-508-509-510-511-512-513-514-515-516-517-518-519-520-521-522-523-524-525-526-527-528-529-530-531-532-533-534-535-536-537-538-539-540-541-542-543-544-545-546-547-548-549-550-551-552-553-554-555-556-557-558-559-560-561-562-563-564-565-566-567-568-569-570-571-572-573-574-575-576-577-578-579-580-581-582-583-584-585-586-587-588-589-590-591-592-593-594-595-596-597-598-599-600-601-602-603-604-605-606-607-608-609-610-611-612-613-614-615-616-617-618-619-620-621-622-623-624-625-626-627-628-629-630-631-632-633-634-635-636-637-638-639-640-641-642-643-644-645-646-647-648-649-650-651-652-653-654-655-656-657-658-659-660-661-662-663-664-665-666-667-668-669-670-671-672-673-674-675-676-677-678-679-680-681-682-683-684-685-686-687-688-689-690-691-692-693-694-695-696-697-698-699-700-701-702-703-704-705-706-707-708-709-710-711-712-713-714-715-716-717-718-719-720-721-722-723-724-725-726-727-728-729-730-731-732-733-734-735-736-737-738-739-740-741-742-743-744-745-746-747-748-749-750-751-752-753-754-755-756-757-758-759-760-761-762-763-764-765-766-767-768-769-770-771-772-773-774-775-776-777-778-779-780-781-782-783-784-785-786-787-788-789-790-791-792-793-794-795-796-797-798-799-800-801-802-803-804-805-806-807-808-809-810-811-812-813-814-815-816-817-818-819-820-821-822-823-824-825-826-827-828-829-830-831-832-833-834-835-836-837-838-839-840-841-842-843-844-845-846-847-848-849-850-851-852-853-854-855-856-857-858-859-860-861-862-863-864-865-866-867-868-869-870-871-872-873-874-875-876-877-878-879-880-881-882-883-884-885-886-887-888-889-890-891-892-893-894-895-896-897-898-899-900-901-902-903-904-905-906-907-908-909-910-911-912-913-914-915-916-917-918-919-920-921-922-923-924-925-926-927-928-929-930-931-932-933-934-935-936-937-938-939-940-941-942-943-944-945-946-947-948-949-950-951-952-953-954-955-956-957-958-959-960-961-962-963-964-965-966-967-968-969-970-971-972-973-974-975-976-977-978-979-980-981-982-983-984-985-986-987-988-989-990-991-992-993-994-995-996-997-998-999-1000-1001-1002-1003-1004-1005-1006-1007-1008-1009-1010-1011-1012-1013-1014-1015-1016-1017-1018-1019-1020-1021-1022-1023-1024-1025-1026-1027-1028-1029-1030-1031-1032-1033-1034-1035-1036-1037-1038-1039-1040-1041-1042-1043-1044-1045-1046-1047-1048-1049-1050-1051-1052-1053-1054-1055-1056-1057-1058-1059-1060-1061-1062-1063-1064-1065-1066-1067-1068-1069-1070-1071-1072-1073-1074-1075-1076-1077-1078-1079-1080-1081-1082-1083-1084-1085-1086-1087-1088-1089-1090-1091-1092-1093-1094-1095-1096-1097-1098-1099-1100-1101-1102-1103-1104-1105-1106-1107-1108-1109-1110-1111-1112-1113-1114-1115-1116-1117-1118-1119-1120-1121-1122-1123-1124-1125-1126-1127-1128-1129-1130-1131-1132-1133-1134-1135-1136-1137-1138-1139-1140-1141-1142-1143-1144-1145-1146-1147-1148-1149-1150-1151-1152-1153-1154-1155-1156-1157-1158-1159-1160-1161-1162-1163-1164-1165-1166-1167-1168-1169-1170-1171-1172-1173-1174-1175-1176-1177-1178-1179-1180-1181-1182-1183-1184-1185-1186-1187-1188-1189-1190-1191-1192-1193-1194-1195-1196-1197-1198-1199-1200-1201-1202-1203-1204-1205-1206-1207-1208-1209-1210-1211-1212-1213-1214-1215-1216-1217-1218-1219-1220-1221-1222-1223-1224-1225-1226-1227-1228-1229-1230-1231-1232-1233-1234-1235-1236-1237-1238-1239-1240-1241-1242-1243-1244-1245-1246-1247-1248-1249-1250-1251-1252-1253-1254-1255-1256-1257-1258-1259-1260-1261-1262-1263-1264-1265-1266-1267-1268-1269-1270-1271-1272-1273-1274-1275-1276-1277-1278-1279-1280-1281-1282-1283-1284-1285-1286-1287-1288-1289-1290-1291-1292-1293-1294-1295-1296-1297-1298-1299-1300-1301-1302-1303-1304-1305-1306-1307-1308-1309-1310-1311-1312-1313-1314-1315-1316-1317-1318-1319-1320-1321-1322-1323-1324-1325-1326-1327-1328-1329-1330-1331-1332-1333-1334-1335-1336-1337-1338-1339-1340-1341-1342-1343-1344-1345-1346-1347-1348-1349-1350-1351-1352-1353-1354-1355-1356-1357-1358-1359-1360-1361-1362-1363-1364-1365-1366-1367-1368-1369-1370-1371-1372-1373-1374-1375-1376-1377-1378-1379-1380-1381-1382-1383-1384-1385-1386-1387-1388-1389-1390-1391-1392-1393-1394-1395-1396-1397-1398-1399-1400-1401-1402-1403-1404-1405-1406-1407-1408-1409-1410-1411-1412-1413-1414-1415-1416-1417-1418-1419-1420-1421-1422-1423-1424-1425-1426-1427-1428-1429-1430-1431-1432-1433-1434-1435-1436-1437-1438-1439-1440-1441-1442-1443-1444-1445-1446-1447-1448-1449-1450-1451-1452-1453-1454-1455-1456-1457-1458-1459-1460-1461-1462-1463-1464-1465-1466-1467-1468-1469-1470-1471-1472-1473-1474-1475-1476-1477-1478-1479-1480-1481-1482-1483-1484-1485-1486-1487-1488-1489-1490-1491-1492-1493-1494-1495-1496-1497-1498-1499-1500-1501-1502-1503-1504-1505-1506-1507-1508-1509-1510-1511-1512-1513-1514-1515-1516-1517-1518-1519-1520-1521-1522-1523-1524-1525-1526-1527-1528-1529-1530-1531-1532-1533-1534-1535-1536-1537-1538-1539-1540-1541-1542-1543-1544-1545-1546-1547-1548-1549-1550-1551-1552-1553-1554-1555-1556-1557-1558-1559-1560-1561-1562-1563-1564-1565-1566-1567-1568-1569-1570-1571-1572-1573-1574-1575-1576-1577-1578-1579-1580-1581-1582-1583-1584-1585-1586-1587-1588-1589-1590-1591-1592-1593-1594-1595-1596-1597-1598-1599-1600-1601-1602-1603-1604-1605-1606-1607-1608-1609-1610-1611-1612-1613-1614-1615-1616-1617-1618-1619-1620-1621-1622-1623-1624-1625-1626-1627-1628-1629-1630-1631-1632-1633-1634-1635-1636-1637-1638-1639-1640-1641-1642-1643-1644-1645-1646-1647-1648-1649-1650-1651-1652-1653-1654-1655-1656-1657-1658-1659-1660-1661-1662-1663-1664-1665-1666-1667-1668-1669-1670-1671-1672-1673-1674-1675-1676-1677-1678-1679-1680-1681-1682-1683-1684-1685-1686-1687-1688-1689-1690-1691-1692-1693-1694-1695-1696-1697-1698-1699-1700-1701-1702-1703-1704-1705-1706-1707-1708-1709-1710-1711-1712-1713-1714-1715-1716-1717-1718-1719-1720-1721-1722-1723-1724-1725-1726-1727-1728-1729-1730-1731-1732-1733-1734-1735-1736-1737-1738-1739-1740-1741-1742-1743-1744-1745-1746-1747-1748-1749-1750-1751-1752-1753-1754-1755-1756-1757-1758-1759-1760-1761-1762-1763-1764-1765-1766-1767-1768-1769-1770-1771-1772-1773-1774-1775-1776-1777-1778-1779-1780-1781-1782-1783-1784-1785-1786-1787-1788-1789-1790-1791-1792-1793-1794-1795-1796-1797-1798-1799-1800-1801-1802-1803-1804-1805-1806-1807-1808-1809-1810-1811-1812-1813-1814-1815-1816-1817-1818-1819-1820-1821-1822-1823-1824-1825-1826-1827-1828-1829-1830-1831-1832-1833-1834-1835-1836-1837-1838-1839-1840-1841-1842-1843-1844-1845-1846-1847-1848-1849-1850-1851-1852-1853-1854-1855-1856-1857-1858-1859-1860-1861-1862-1863-1864-1865-1866-1867-1868-1869-1870-1871-1872-1873-1874-1875-1876-1877-1878-1879-1880-1881-1882-1883-1884-1885-1886-1887-1888-1889-1890-1891-1892-1893-1894-1895-1896-1897-1898-1899-1900-1901-1902-1903-1904-1905-1906-1907-1908-1909-1910-1911-1912-1913-1914-1915-1916-1917-1918-1919-1920-1921-1922-1923-1924-1925-1926-1927-1928-1929-1930-1931-1932-1933-1934-1935-1936-1937-1938-1939-1940-1941-1942-1943-1944-1945-1946-1947-1948-1949-1950-1951-1952-1953-1954-1955-1956-1957-1958-1959-1960-1961-1962-1963-1964-1965-1966-1967-1968-1969-1970-1971-1972-1973-1974-1975-1976-1977-1978-1979-1980-1981-1982-1983-1984-1985-1986-1987-1988-1989-1990-1991-1992-1993-1994-1995-1996-1997-1998-1999-2000-2001-2002-2003-2004-2005-2006-2007-2008-2009-2010-2011-2012-2013-2014-2015-2016-2017-2018-2019-2020-2021-2022-2023-2024-2025-2026-2027-2028-2029-2030-2031-2032-2033-2034-2035-2036-2037-2038-2039-2040-2041-2042-2043-2044-2045-2046-2047-2048-2049-2050-2051-2052-2053-2054-2055-2056-2057-2058-2059-2060-2061-2062-2063-2064-2065-2066-2067-2068-2069-2070-2071-2072-2073-2074-2075-2076-2077-2078-2079-2080-2081-2082-2083-2084-2085-2086-2087-2088-2089-2090-2091-2092-2093-2094-2095-2096-2097-2098-2099-2100-2101-2102-2103-2104-2105-2106-2107-2108-2109-2110-2111-2112-2113-2114-2115-2116-2117-2118-2119-2120-2121-2122-2123-2124-2125-2126-2127-2128-2129-2130-2131-2132-2133-2134-2135-2136-2137-2138-2139-2140-2141-2142-2143-2144-2145-2146-2147-2148-2149-2150-2151-2152-2153-2154-2155-2156-2157-2158-2159-2160-2161-2162-2163-2164-2165-2166-2167-2168-2169-2170-2171-2172-2173-2174-2175-2176-2177-2178-2179-2180-2181-2182-2183-2184-2185-2186-2187-2188-2189-2190-2191-2192-2193-2194-2195-2196-2197-2198-2199-2200-2201-2202-2203-2204-2205-2206-2207-2208-2209-2210-2211-2212-2213-2214-2215-2216-2217-2218-2219-2220-2221-2222-2223-2224-2225-2226-2227-2228-2229-2230-2231-2232-2233-2234-2235-2236-2237-2238-2239-2240-2241-2242-2243-2244-2245-2246-2247-2248-2249-2250-2251-2252-2253-2254-2255-2256-2257-2258-2259-2260-2261-2262-2263-2264-2265-2266-2267-2268-2269-2270-2271-2272-2273-2274-2275-2276-2277-2278-2279-2280-2281-2282-2283-2284-2285-2286-2287-2288-2289-2290-2291-2292-2293-2294-2295-2296-2297-2298-2299-2300-2301-2302-2303-2304-2305-2306-2307-2308-2309-2310-2311-2312-2313-2314-2315-2316-2317-2318-2319-2320-2321-2322-2323-2324-2325-2326-2327-2328-2329-2330-2331-2332-2333-2334-2335-2336-2337-2338-2339-2340-2341-2342-2343-2344-2345-2346-2347-2348-2349-2350-2351-2352-2353-2354-2355-2356-2357-2358-2359-2360-2361-2362-2363-2364-2365-2366-2367-2368-2369-2370-2371-2372-2373-2374-2375-2376-2377-2

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Februar 1928.

Kleine Anfrage über Hellfrüh.

Die Genossen Winger und Dr. Hamburger haben folgende kleine Anfrage im Landtag eingebracht:

Die „Schlesische Zeitung“ vom 27. Januar 1928 (Nr. 49) bringt an vier Stellen einen Artikel „zum 27. Januar“ über Hellfrüh, der ihn als Verfasser zeichnet, ist ordentlicher Professor für Staatsrecht an der Breslauer Universität. Der Artikel enthält u. a. folgende Stellen: „Treu ergebene Wünsche der Tausende gehen heute nach Doorn. Wer sich ein klares Urteil und den Sinn für Gerechtigkeit bewahrt hat, denkt warmen Herzens und voll innerer Anteilnahme seines ehemaligen Obersten Kriegsherrn, seines Kaisers und Königs.“ Die ständliche Revolution sucht nachträglich nach Entschuldigungsgründen. Die Gauen und Kreislöcher glauben das, was ihnen eine knorpellose Gipskappe vermittelt, nicht ahnend, daß es sich um nichts anderes, als einen planvollen Kampf gegen den monarchischen Gedanken handelt, wenn man Kaiser und Kronprinz geflüstertlich in den Staub zu ziehen versucht. . . . Aber die Stützen im Lande, sie schiden am 27. Januar so manches Gebet zum Himmel empor. Kann etwas das von unglücklichen Enttäuschungen und Schicksalsfügigen erfüllte Leben des Kaisers erheben, so mag es die tiefinnerliche Treue und Ehrerbietung sein, die ihm trotz alledem hunderttausende „und im Unglück nun erst recht“ bewahrt haben. Vor ihm aber, dem sich gegen alles Recht die Tote der Heimat verschließen, gilt wie von keinem das Dichtermotiv „Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat so liebt wie du.“

Was beabsichtigt der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gegen Herrn Professor Dr. Hellfrüh auf Grund dieses Artikels zu veranlassen?

Das Recht der roten Fahne.

In Breslau, wie überall, gibt es Hauswirte, die ihren Mietern das Heraushängen roter Fahnen am 1. Mai und bei anderen Gelegenheiten glauben verbieten zu können. Jetzt liegt in der Frage eine Gerichtsentscheidung vor, sogar eine solche aus Potsdam, wonach kein Hauswirt das Recht hat, dem Mieter das Heraushängen einer roten Fahne zu verbieten.

Der Mieter eines Hauses pflegte bei sich darbietenden Gelegenheiten eine rote Fahne aus dem Fenster zu hängen. Als Eigentümer des Hauses gegen den betreffenden Mieter Klage auf Unterlassung erhob, die Fahne aus dem Fenster seines Hauses zu hängen, wurde die Klage vom Amtsgericht in Potsdam abgewiesen und u. a. ausgeführt, nach Artikel 118 der Reichsverfassung sei jeder Deutsche berechtigt, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung frei durch Wort, Schrift, Bild und Druck oder in sonstiger Weise zu äußern. Das Heraushängen der roten Fahne sei demnach nach Artikel 118 der Reichsverfassung gestattet. Der Mieter wolle offenbar seine Sympathie mit den Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei äußern. Die Handlungsweise des Mieters verstoße weder gegen § 81 des Reichsstrafgesetzbuches noch gegen § 10 U. 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach es zu den Aufgaben der Polizeibehörde gehöre, die nötigen Anordnungen zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern derselben bevorstehenden Gefahr zu treffen. Wenn der Mieter eine rote Fahne gelegentlich eines Demonstrationstages der Sozialdemokratischen Partei enthalte, so sei darin um so weniger eine Störung der öffentlichen Ordnung zu erblicken, als die Polizeibehörde solche Demonstrationstageszüge auf öffentlichen Straßen dulde. Durch den Mietvertrag werde der Vermieter nach § 535 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet, dem Mieter den Gebrauch der vermieteten Räume während der Mietzeit zu gewähren. Sofern es verträglich ist nicht verboten sei, dürfte jeder Mieter bei Umständen und sonstigen Gelegenheiten die Fahne einer nicht verbotenen Partei aus dem Fenster seiner Wohnung hängen, wie es üblich sei.

Vom Breslauer Bürgerobdach.

Im Breslauer Bürgerobdach, Schuhbrücke, werden zurzeit etwa 150 ältere Männer und Frauen, die zum Teil krank sind, beherbergt. Die Gefunden, die etwa die Hälfte ausmachen, werden zu leichten Arbeiten im Hause herangezogen. Einige Männer, die sich auf ein Handwerk verstehen, Tischlern oder Schneidern ebenfalls nur für den Bedarf des Hauses, während man noch nicht zu verlässliche Inzassen tauglicher in städtische Krankenhäuser oder ins Arbeitsamt zum Gängebesorgen, Aufräumen usw. schickt. Etwa zwei Todesfälle kommen im Monat vor. In das Pflegeheim aber können nur in geringem Maße Ueberweisungen erfolgen, da dort alles überfüllt ist. Das Bürgerobdach besetzt sich allerdings auch mit der vorläufigen Verwahrung von hier aufzunehmenden, aus Anstalten entlassenen Fürsorgepflichtigen, die nicht immer ins Volksgewandlung kamen. Das schon sehr alte Gebäude des Bürgerobdachs ist vor einiger Zeit stellenweise neu

instandgesetzt worden. Unter anderem sind feuersichere Treppenaufgänge hergestellt und Korridorabflüsse eingebaut worden.

Das Obdachlosenasyl ist nicht mehr der Verwaltung des Bürgerobdachs mit unterstellt, sondern seit April vorigen Jahres abgetrennt; es hat jetzt eine eigene Inspektion.

Durch Radio und Kinovorstellungen will man im Rahmen der vorhandenen Mittel in absehbarer Zeit den Bewohnern des Bürgerobdachs Unterhaltung und Zerstreuung bieten. Besuchsstunden für Angehörige sind für alle Sonn- und Feiertage festgesetzt, außerdem sind Besuche jeden Donnerstag von 2 bis 4 Uhr gestattet. Verboten ist nur Schnaps. Nachträglich sei auch noch kurz mitgeteilt, daß im Bürgerobdach eine sehr stimmungsvolle Weihnachtsfeier stattgefunden hat, an der unter anderem der Dezerent, Stadtrat Tilsch, teilnahm. Die Frage nach einem neuen und größeren Bürgerobdach dürfte akut werden nach der Eingemeindung. Vor der Hand reicht das jetzige Bürgerobdach jedoch vollkommen aus, ja es ist noch sehr viel Platz vorhanden. Oberinspektor Beschel, der dem Bürgerobdach vorsteht und wegen Krankheit beurlaubt war, hat seine Dienstgeschäfte wieder aufgenommen.

„Deutschland und Oesterreich“

Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien.

Soziale Bildstatistik.

Dauer der Ausstellung vom 9. bis 28. Februar. Die Ausstellung ist täglich geöffnet von 11 Uhr bis 22 Uhr. Ausstellungsraum: Ausstellungshalle des Künstlerbundes Schlessen am Christophorplatz.

Die Sache mit Schorffiegel.

Die Reklame feiert wieder mal ihre Triumphe! „Ford-Auto! — Persil! — Devoll! — Usa! — Terra!“ So kreischt die Gebetsmühle des um seinen Abgang besorgten Kapitals. Seife! Kino! Auto!

Plötzlich lauft zwischen die reifen, handfesten Reklamegranaten die Kaskade eines Romans — jawohl, eines simplen, in der Dachstube oder im „Hinterhaus“ irgend einer Straße erzeugten Romans.

Der Roman brüllt von allen Blattpfählen und aus allen Blättern! Er leuchtet auf der weißen Wand der Kinos und auf den Tragflächen der Reklameflugzeuge! Kurz und gut — du kannst machen, was du willst, hinschauen, wohin du willst, Schorffiegel verflucht dich nicht!

Wer ist Schorffiegel? Schorffiegel ist oder war — das weiß man eben nicht — ein „Staatssekretär“, und wenn du die erste, gratis gelieferte Reklameheftchen heruntergelesen hast, dann weißt du auch: Jemand, der hat ihn umgebracht! Natürlich wegen einer Frau! „Unter den Linden“ — dicht am Brandenburger Tor geht er an!

Also ein „Kriminalroman“? — Jawohl, wird er wohl sein! Ein Vorkriegsroman, ein toter Staatssekretär, eine ungetreue Frau und eine wilde Kluft im Hulazeug — so geht ein moderner Film und sein Halbbruder, der Schorffiegel-Roman, eben an.

Und der Endeffekt der Schorffiegel-Affäre? Jemand ist — wenn's gelingt — ein reicher Mann! Natürlich nicht der kleine Autor, oder der Illustrator oder der Reklamechef oder der Vektor! Nein: der Verlag: Der Aufsichtsrat der G. m. b. H.!

Ein großer Unterschied ist übrigens nicht im geschäftlichen Enderfolg dieser „Schorffiegel“- oder „Kreiermarke“-Kampagne! Heute lauft dich die „Usa“, morgen die „Terra“, übermorgen die „Phoebus“!

Heute ist „Friedericus“ die Parole, morgen die „Königin Luise“, übermorgen die „Jeme“, überübermorgen die „Sache mit Schorffiegel“.

Heute erhöht man die Dividende bei Aktien, morgen bei Scherl, übermorgen bei Mollé. — — — Der Endeffekt ist derselbe: der kleine Mann wird gelauft! Laßt euch die „Sache mit Schorffiegel“ mal schön langsam durch den Kopf gehen und handelt danach! H. Sch.

Gewerkschaftshaus-Bildspiele.

Das Programm dieser Woche bringt das verfilmte Hauptmannsche Drama „Die Weber“, dessen Inhalt gestern schon an dieser Stelle ausführlich umrissen wurde. Der Film, der unter Leitung von Friedrich Zelnik und der Mitwirkung zahlreicher bekannter Filmschauspieler gedreht wurde, ist den Kulienfilmen der Potemkin-Klasse ebenbürtig. Die Hauptrollen der Handlung werden sehr wesentlich dargestellt, höchstens die Massenrollen lassen verschiedentlich einen Hauch gewisser Unnatürlichkeit verspüren. Bezeichnend für diesen wichtigen und aufwändigen Bildstreifen ist, daß er von dem Syndikat der deutschen Lichtspieltheaterbesitzer geschaffen wurde, woraus sich folgern läßt, daß die kapitalistische deutsche Filmindustrie dieses revolutionäre Werk einer Verfilmung nicht für würdig erachtete. — Das Besondere bringt neben einer kleinen Rundschau im Lande der Pyramiden einen Verfilmten der „Volkswacht“, der unter dem Titel „Die Befehung“ in einer kleinen Episode menschlichen Lebens auf die Notwendigkeit des Abschlusses einer Versicherung bei der Volksfürsorge hinweist und nebenbei einen Einblick in den umfangreichen Betrieb der Volksfürsorge in Hamburg gestattet. Die neueste Volkswochenchau mit Bildern aus aller Welt, die unter anderem auch bildlich mitteilt, daß in Barcelona sogar die Egel durch Briefe eingekauft werden, beschließt das Programm, das noch heute und morgen zur Vorführung gelangt und das zu besuchen niemand verkümmern sollte.

Weibliche Kriminalbeamte in Breslau.

Die Breslauer Kriminalpolizei soll auf einen Erlaß des Ministers des Innern hin durch drei weibliche Polizeibeamte, nämlich eine Hilfskriminalkommissarin und zwei Kriminalsekretärinnen ergänzt werden. Ihr Tätigkeitsbereich ist naturgemäß der weiblichen Sphäre angepaßt. So wird ihnen das Eingreifen gegenüber gefährdeten Kindern und weiblichen Jugendlichen und Erwachsenen anvertraut, falls strafbare Handlungen verübt werden sollen. Sie werden bei der Aufklärung strafbarer Handlungen mitwirken, Kinder übernehmen, sowie weibliche Jugendliche bis zu 18 Jahren und in Sittlichkeitsfällen weibliche Personen über 18 Jahre. Auch will man sie mit der Verführung von Kindern und weiblichen Personen vor die Gerichte in besonderen Fällen betrauen, sowie mit deren Transport in Erziehungsanstalten und Gefängnisse. Ferner sollen sie das Betteln von Kindern verhüten und den Straßenhandel von Jugendlichen im Rahmen der Gewerbeordnung überwachen, polizeiliche Ermittlungen der häuslichen und Erwerbsverhältnisse anstellen, insbesondere von Kindern und weiblichen Personen, sowie Gewerbetreibende hinsichtlich unzulässiger Schreien kontrollieren. Die Kriminalbeamten werden ein besonderes Frauenkommissariat bilden.

Von der Arbeit der Millionenfirma.

In dem Betrugsfall des Allgemeinen Lombard- und Lagerhauses Bergmann wurde gestern die in der Breslauer Filiale tätige Kontoristin vernommen. Dabei wurden interessante Momente aus dem Schicksal des Lebens der Inhaber dieser „Triefen-Firma“ bekannt. Am vorigen Donnerstag waren Bergmann und Ohnstein nach Breslau gekommen und in einem Hotel abgestiegen. Die Kontoristin, deren Schwester die Braut des Ohnstein ist und ebenfalls mit nach Breslau gekommen war, wurde von Bergmann aufgefordert, mit nach Berlin zu kommen. Bergmann sagte, daß er schon für den 2. Zug, der Freitag morgen nach Berlin fährt, ein ganzes Abteil 1. Klasse bestellt habe. Sie führen nun auch alle nach Berlin, wo dann Bergmann und Ohnstein am gleichen Tage festgenommen wurden. Die beiden Schwestern haben einige Zeit vorher mit den Herren Bergmann und Ohnstein auch eine dreitägige Bergnützungsreise nach Hamburg gemacht.

Ein angeblicher Rittergutsbesitzer Löwenfeld aus Hünern bei Breslau hat sehr gute Referenzen erteilt und soll dafür von den Einzahlungen, die auf seine Auskünfte erfolgten, 1 bis 2 Proz. Provision erhalten haben. Er schrieb unter anderem in den Auskünften, die von ihm eingeholt wurden: „Es wird mühselos verdient, da die Warenlombardierer auch ziemlich hohe Zinsen und Lagergelder bezahlen müssen und das Lombardhaus an den verfallenen Waren fast verdient.“

Auch ein Pfarrer aus Neigenau hat gute Auskünfte erteilt. In den beschlagnahmten Akten wurden auch Postquittungen gefunden, aus denen hervorgeht, daß ein Oberregierungsrat Rudolf in Breslau seit einem Jahre monatlich 700 Mark Zinsen erhalten hat. Er hatte eine Summe von 17 500 Mark eingezahlt. Rudolf war bei den Besuchen Bergmanns in Breslau meist zugegen, es ist jedoch noch nicht bekannt, ob auch er Auskünfte erteilte. Da Zinsen nur an die Einzahler ausgezahlt wurden, die das Unternehmen durch Erteilung günstiger Auskünfte förderten, ist anzunehmen, daß auch der Oberregierungsrat an dem Geschäft interessiert war und es wird baldigst aufzuklären sein, ob auch dieser Beamte in den Betrugsfall verwickelt ist.

Nochmals die unsaubere Schokoladenfabrik.

In jechnündiger Verhandlung wurden am Mittwoch nochmals die Zustände in der Schokoladenfabrik Johannes Abrams auf der Droschstraße 34 eingehend erörtert. Bekanntlich waren im vorigen Jahre Mißstände in der Fabrik zur Kenntnis der Polizei gekommen, sodas die dem Inhaber wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz einen Strafbefehl über 150 Mark zustellte. Gegen den Strafbefehl hatte Abrams Einspruch erhoben, sodas die Angelegenheit am 17. März vorigen Jahres vor dem Einzelrichter zur Verhandlung kam. Hier traten einige Zeugen auf, die kaum glaubliche Dinge aus diesem Lebensmittelbetriebe berichteten. So gab es dort unglaublich viel Ratten, die sowohl über die Rohprodukte als auch die Fertigarbeiten liefen und sie anknabberten. Um der Mottenplage entgegenzutreten, wurden Kägen angeschafft. Das auch diese sollen die Lebensmittel beschmutzt haben. Des weiteren wurde berichtet, daß schimmelige Kakaobohnen weiter verarbeitet worden, daß in dem Betriebe schon mehrere Monate ein Betrieb mit eingeweichten Pommesanten stand, die mit Mäusen durchsetzt waren. Schließlich wurden auch noch andere Unsauberkeiten aus diesem Betriebe erzählt, so unter anderem, daß die Früchte, mit denen die Torten garniert werden, mit der Zunge angefeuchtet wurden, damit die Früchte besser kleben, und daß die Garnierstriebe ebenfalls mit dem Munde angefaßt wurden. Wir berichteten schon seinerzeit, daß aus dieser Schokoladenfabrik Torten auch nach Doorn gingen. Alle diese vorgebrachten Mißstände veranlaßten den Einzelrichter, die Strafe von 150 auf 500 Mark heraufzusetzen. Abrams hatte Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht verwarf diese am Anfang Juni vorigen Jahres als unbegründet, da die anderthalbtägige Verhandlung kein anderes Bild ergeben hatte, als die vor dem Einzelrichter. Nun legte Abrams Revision beim Oberlandesgericht ein. Das Oberlandesgericht wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die Strafkammer zurück, indem es darauf hinwies, daß nachgeprüft werden müsse, ob es sich hier um verdorbene Nahrungsmittel im Sinne des Gesetzes handele und ob diese Nahrungsmittel zum Verkauf gekommen seien. Die abermalige Verhandlung vor der zweiten Strafkammer, unter Vorsitz des Landgerichtsrats Franz, gestaltete sich nach mancher Richtung hin recht interessant. Während der Einzelrichter und auch das Berufungsgericht den beiden Zeugen, die die Unsauberkeiten zur Anzeige gebracht hatten, durchaus Glauben geschenkt hatten, wurden die beiden in dieser Instanz bald als unglaubwürdig angesehen, obwohl die Angaben der Hauptbelastungszeugen noch durch eine Reihe anderer Zeugen gestützt wurden. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, indem es ausdrücklich betonte, daß es den Angaben der beiden Hauptbelastungszeugen nicht gefolgt sei. Die Materialien, die für den Prozeß eine Rolle spielen, sind nicht im Sinne des Gesetzes als verdorben zu bezeichnen. Ein Verlaß hat nicht stattgefunden, also sind die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Verurteilung nicht vorhanden. Das Gericht betonte aber, daß es nicht dem Wunsche der Verteidigung nachkommen könne, den Betrieb als einen Mutterbetrieb zu bezeichnen, denn seit lange die große Rattenplage. Etwas ist also hier nicht in Ordnung gewesen. Wenn nun auch der Angeklagte aus tatsächlichen Gründen freigesprochen wurde, so ist sein Betrieb dadurch doch noch lange nicht rehabilitiert. Im übrigen hat Abrams jetzt den Prozeß umgedreht und gegen einen der Hauptbelastungszeugen Anzeige wegen Meineids erstattet.

Vom Arbeitsgericht.

Der Hohe hat seine Schuldigkeit getan... — Unfallverletzte werden bei der Reichsbahn während der Krankheit erste Pflichten gewiesen.

Der Bahnarbeiter R. verunglückte in Diensten. Noch während er krank der Arbeit fernbleiben mußte, wurde er von der Reichsbahn, die sich erst in einem anderen Prozeß ihrer sozialen Verpflichtungen zuwidmet hatte, kurzerhand entlassen. Er legte Einspruch beim Betriebsrat ein und dieser erhob beim Arbeitsgericht eine Klage auf Weiterbeschäftigung, da zu offensichtlich eine unbillige Härte vorliege. Die Reichsbahn meinte in der Verhandlung zunächst, R. sei doch ganz ordnungsgemäß

Theater und Musik.

Love-Theater.

Spektakel Eugen Klopfer.

Es gab einmal einen sehr hübschen Tierfilm, in dem unter anderem ein Pinguinvolk zu sehen war. Nichts selbsterleuchtenderes, als das sonderbar menschenähnliche Gebilde der biden, aufrechtgehenden großen Vögel der Polarländer. Sie watscheln grandios und doch aufgeregt umher, voll Würde und doch unsicher, schwachhaft und eifernd. Das komische Tierbild eines betrieblichen Emporkömmlings, der Eier begadert, von denen er nichts versteht.

Genau solch ein Pinguin war Eugen Klopfer als Wein- und Bouquetel inmitten französischer Hochartikokratie, deren Mitglieder er im Verlauf des Spieles große finanzielle Hilfe leistet und die feudale Tante verführt.

Pinguinisch nicht nur das Gebilde, pinguinisch selbst die Figur Cutaway. Und selbst die höchst sonderbaren, großen, höflichen Hände, die fortwährend tanzend in der Luft herumfliegen, gleichen den Flügelstummeln eines Pinguins. Großartig und unnahbar empfindlich die Schloßgesellschaft diesen Weinhändler. Aber „macht Konversation“. Er hält das für seine Schuldigkeit. In die ganzen drei Akte über hält Klopfer-Bouquetel solcherart unangenehme Monologe. Er fängt einen Satz an, stolpert über ein kleines Fremdwort, verwickelt sich, dreht seine Beine, rudert mit den Füßen, lächelt, lacht, hängt nun neuem an, verheut sich: „Pinguinisch schon“, verbeugt sich wieder, lacht, lächelt, redet, während die indignierten Wirte steinern schweigen. Aber Klopfer-Bouquetel hat bei alledem etwas, das den Pinguinen abgeht: ein Herz. Ein grabeszu ruhendes gutes, junglingshaft beherztungsreiches, zuverlässiges Menschenherz. Dieser Schimmer echter Menschlichkeit zusammen mit Klopfers unerhörter Darstellungsstärke machte den Abend bedeutsam. Das Stück „Pinguin“ von drei Verfasser, Bernard, Miranda, Klopfer, verheißt, was so blöde wie möglich. Klopfer machte die schon gesagte „Alleingespräche“ aus, die man, so gern man mag, doch als zu lang empfand. Sein Ensemble und Partnerin Danae wie Steinlich spielten zuverlässig zusammen mit Klopfer. R. St.

Advertisement for seeds. Text: Sie müssen niemals sagen: „Eine Dose Erbsen, ... Bohnen, Spinat, Karotten oder Pflaumen!“ Sie müssen immer sagen: „... aber Erbsen!“ Das Produkt feinsten Züchtung seit 2 Generationen!







# Aus aller Welt.

## Linksurs in Norwegen.

Ein sozialistisch-kommunistisches Kabinett.



Der neue Ministerpräsident Hornsrud (Sozialist).

## Der Berliner Lombardskandal.

Die Ermittlungen der Untersuchungsbehörden zur Aufklärung des riesenhaften Berliner Lombardskandals führen zu immer schwereren Belastungen des Berliner Staatsanwalts Jacoby. So hat ein schwedischer Bankvertreter, der seinen Sitz in Berlin hat, bei seiner Vernehmung angegeben, Jacoby habe für das Lombardhaus von schwedischen Banken eine Auslandsanleihe von 1 Million Mark erreichen wollen und zu diesem Zwecke wiederholt bei dem Vertreter der Bank interveniert. Sowohl die Direktoren der Berliner Treuhand-Gesellschaft, die anfangs für das Bergmannsche Unternehmen Kunden gewonnen hatten, als auch der Berliner Major a. D. Hünke, hatten sich im Anfang vorigen Jahres an Jacoby mit der Frage gewandt, wie gegen Bergmann eine Anzeige erstattet werden könne. Jacoby hat darauf ausdrücklich geantwortet, daß an der ganzen Sache gar nichts wäre und daß man von Schritten bei der Staatsanwaltschaft absehen solle. Wie diese Zeugen weiter erklären, ist eine Anzeige gegen Bergmann auf Grund dieser Antwort Jacobys unterblieben. Nach dem jetzigen Stand der Angelegenheit ist damit zu rechnen, daß mit dem Lombardhaus-Inhaber Bergmann zusammen etwa 20 Personen aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen auf die Anklagebank kommen werden. Es ist weiter festgestellt worden, daß nicht der Sohn Hindenburgs, sondern der Neffe des Reichspräsidenten Geld bei Bergmann angelegt hatte; es handelt sich dabei um einen Betrag von 40 000 Mark, der aus dem Verkauf eines Gutes des Reichspräsidenten stammte, das diesem zu seinem 50. Geburtstag von Industriellen und Großgrundbesitzern zum Geschenk gemacht worden war. Bergmann ist übrigens wiederholt mit Gefängnis und mit hohen Geldbußen vorbestraft, und zwar wegen Betruges, Körperverletzung, Unterschlagung und Kontursvergehen.

## Staatsanwaltschaftsrat Jacoby I verhaftet

Berlin, 2. Februar. Entsprechend dem von der Staatsanwaltschaft gegen den Staatsanwaltschaftsrat Jacoby I erlassenen Haftbefehl, wurde Jacoby gestern abend verhaftet.

## Ein schreckliches Unglück vermieden.

Die Berliner Feuerwehre wurde am Dienstag, gegen 10 Uhr abends, nach Dorckstraße gerufen. Dort hatte sich auf dem Treppenturm des Vorderhauses ein überaus starker Gasgeruch bemerkbar gemacht. Das Gas kam aus einem Kasten. Da der Inhaber nicht anwesend war, wurden sich die Feuerwehrenleute gewaltig Eintauch verschaffen. Der Gasinhalt war geöffnet, und große Gasengen konnten ungehindert entweichen. Vorsichtshalber wurde in den daneben und darüber liegenden Wohnungen nachgeforscht, ob die Gase nicht Unheil angerichtet hätten. Tatsächlich wurde in der Wohnung des Verwalters die Frau und zwei Kinder durch Gas vergiftet und bewußlos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehre waren von Erfolg. Doch wurden alle drei ins Krankenhaus überführt werden. Die Rauchfähigkeit des Gases hätte unter Umständen mit einer verheerenden Katastrophe enden können, die durch das Eingreifen der Feuerwehre vermieden werden konnte.

## Ein britisches Transportschiff gescheitert.

Das britische Transportschiff „Dzeantransport“ ist an einer großen Insel bei Neuseeland gescheitert und völlig zerstört worden. Die Besatzung konnte sich retten.

## Stürme im Atlantik.

Die Stürme der letzten vierzehn Tage über dem Atlantik sind noch nicht abgeklaut. 12 Passagierdampfer haben schifflose Mitteilungen entsandt, daß sie mit beträchtlicher Erschütterung eintreffen werden. Die Passagierschiffe mittlerer Größe sind bis zu vier oder fünf Tagen überfällig. An der Küste von New Jersey sind durch den Sturm zwei Kopienballen angetrieben worden und später untergegangen. Man nimmt an, daß die aus acht Köpfen bestehenden Besatzungen ertrunken sind.

## Kanabebekannt auf der Landstraße.

Auf der Chaussee zwischen Friedrichshagen und Schwielowsee im Osten Berlins wurde Montag abend der Leichnam eines Kartoffelhändlers auf seinem Fuhrwerk von einem unbekannten Mann angefallen, niedergeschlagen und seiner Geldbörse mit 500 Mark beraubt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

## Ein ungetreuer Lagermeister.

Seit einiger Zeit waren bei der Güterabfertigung des Potsdamer Bahnhofs in Berlin auf rätselhafter Weise wertvolle Stückgüter, Wein, Effekte, Lederwaren, Stoffe und andere Sachen abhanden gekommen. Den Beamten der Eisenbahnüberwachungsstelle fiel nun auf, daß ein 41-jähriger Lagermeister J. in der letzten Zeit über seine Verhältnisse lebte. Als der Verdächtige eine Urlaubszurückkehr antrat und zu einer Freundin gefahren war, förderte eine in seiner Wohnung vorgenommene Durchsuchung zahlreiche Sachen zutage, die nachweislich auf der Güterabfertigung gehohlet waren. Nach Feststellung der Helfershelfer mußte der Lagermeister trotz anfänglichen Leugnens die Diebstahle zugeben. Der größte Teil der gestohlenen Güter konnte wieder herbeigeschafft werden.

## Einbruch in eine Postagentur.

In der Nacht zum Mittwoch klagten Einbrecher durch ein Fenster in die Postagentur Berlin-Blantenburg ein. Sie öffneten mit Nachschlüsseln Schränke und Behältnisse, erbeuteten aber nur ein Mark. Der Postverwalter hatte am Abend vorher vorsichtshalber das eingenommene Geld in seine Wohnung mitgenommen.

## Modernisierung der Reichstagsküche.

Um den über die bisherigen Zustände in der Reichstagsküche erhobenen Klagen abzuhelfen, soll jetzt die Küchenanlage im Reichstagsgebäude modernisiert werden. Nach sachverständigen Gutachten kann eine Verbesserung des Wirtschaftsbetriebes im Reichstagsgebäude nur durch einen Umbau der Küchenanlagen und die Herstellung elektrischer Speiseauszüge durchgeführt werden. Der Kostenüberschlag für die erforderlichen baulichen Änderungen beläuft sich auf 130 000 Mark.

## Zuchthausstrafe für einen Pöbelsüßer.

Ein Pole, der jahrelang in Berlin Polen mit falschen Pässen versehen und auf dem deutschen Auswanderungskontingent nach Amerika befördert hatte, wurde heute vom großen Schöffengericht Berlin wegen schwerer Urkundenfälschung unter Verlesung mildernher Umständen zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 1600 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt, ein Mitangeklagter erhielt wegen Beihilfe 8 Monate Gefängnis.

## Ein Komplize Bergmanns verhaftet.

Der von der Kriminalpolizei gesuchte Filialleiter des Betrügers Bergmann, Willi Kraatz ist Dienstag abend in Berlin verhaftet worden. Es war ihm in Partenkirchen, wo schon seine Verhaftung bevorstand, gelungen, in dem Auto Bergmanns zu entkommen. Unterwegs ist es ihm gelungen sich einen anderen Wagen zu beschaffen, mit dem er in Berlin ankam, wo er in der Nähe seiner Wohnung dann von Beamten erkannt wurde. Da der Verhaftungsbefehl vom Untersuchungsrichter ausgegangen war, hat man Kraatz in das Untersuchungsgefängnis zu Moabit eingeliefert.

## Freiherr Dr. von Reibnitz



dürfte nach dem Wahlerfolg in Mecklenburg-Strelitz Ministerpräsident werden. Er übernimmt damit gleichzeitig die Leitung der Ministerialabteilung für Finanzen, Justiz, Unterricht und wird Mitglied des Reichsrates.

## Von der Straßenbahn überfahren

wurde in Berlin-Neukölln ein 72-jähriger Mann namens Friedrich Werhke. Der Verunglückte erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus gebracht.

## Beschaffen wegen Anstiftung zum Mord.

Bei dem Untersuchungsrichter des Landgerichts Nürnberg schwebt zurzeit eine Voruntersuchung gegen den gegenwärtig in Straßfurt befindlichen Kommerzienrat und früheren Konsul Guggenheimer wegen Anstiftung zum Mord. Guggenheimer soll einen Zellengenossen namens Wolf, zuletzt Kaufmann in Nürnberg, angeklagt haben, den Landtagsabgeordneten und früheren Stadtrat und Hauptlehrer Julius Streicher gegen eine Entlohnung von 25 000 Mark aus dem Wege zu schaffen. Diese Abmachung soll ein anderer Zellengenosse, ein Lehrer Amen von auswärts, mit angeht haben.

## Wegen Raubes und Körperverletzung verurteilt.

Das Schöffengericht Sühow hat die Arbeiter Hauke, Sufau und Berndt wegen Raubes und Körperverletzung zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. In der Nacht zum 23. November vorigen Jahres hatten die Angeklagten den hiesigen Hofbesitzer Schmidt in seiner Wohnung in Baranow mit einem Knüttel niedergeschlagen und versucht, ihn zu berauben. Der achtzehnjährige Verbrecher Sufau wurde zu fünf Jahren Zuchthaus und wegen Minderdranks zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Bei Hauke erkannte das Gericht auf fünf Jahre und fünf Monate Zuchthaus. Berndt erhielt vier Jahre Gefängnis.

## Mit dem Auto in den Abgrund.

Am Mittwochmorgen gegen 2 Uhr ereignete sich vor dem Dorfe Mönchsroden bei Coburg ein schweres Autounglück. Ein Kraftwagen aus Sonneburg befand sich auf der Heimreise nach Coburg, als er plötzlich ein Rutschen löste. Das Auto überfiel sich und stürzte einen Abhang hinab. Die beiden Insassen waren auf der Stelle tot. Der Chauffeur kam mit einer schweren Kopfverletzung davon.

## Verurteilung eines ungetreuen Lohnbuchhalters.

Der Lohnbuchhalter Jos. Joellner, der bei der Aldener L.G. angestellt war, und in den Jahren 1924-1925 insgesamt 110 000 Mark unterschlagen hatte, wurde zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. 22 000 Mark der unterschlagenen Summe konnten wieder herbeigeschafft werden.

## Das wirtschaftliche Uebergewicht Amerikas.

England muß im Ostkampfe nachgeben.



Der Leiter der englischen Royal Dutch Shell, Peterding.

reist unter dem Druck der Verluste in Indien nach New York, um mit der amerikanischen Standard Oil über die Beilegung des Ostkampfes zu verhandeln.

## Liebesdrama.

In einem Walde bei Kupperhammer im Blombacher Tal wurde ein junger Mann und ein junges Mädchen aus Barmen mit schweren Schußwunden im Kopfe aufgefunden. Der junge Mann hatte zwei Schußwunden, das Mädchen eine. Die Verletzten liegen hoffnungslos darnieder. Allem Anschein nach handelt es sich um ein Liebesdrama.

## Die Veruntreuungen bei der Egerer Filiale der Viktoria-Versicherung.

Die Nachprüfung der Geschäftsführung des nach Unterschlagung von 40 000 Kronen sühlig gewordenen Beamten der Filiale Eger der Berliner Versicherungsgesellschaft Viktoria, Franz Zischlauer, ergab die Tatsache, daß dieser seine Firma um insgesamt 200 000 Kr. geschädigt hat. Die Veruntreuungen gehen auf Jahre zurück.

## Das gefährliche Weichwasser.

Von unbekanntem Täter wurde in die Weichwasserbeden der Festungskirche Hohenalzburg (Oesterreich) eine ätzende Flüssigkeit, wahrscheinlich eine starke Laugenlösung, geschüttet. Eine Berliner Kontoristin, die zu Besuch in Salzburg weilte, erlitt durch die Benutzung des Weichwassers Verletzungen an den Händen und auf der Stirn.

## Schwindel auf Kosten der Blinden.

Zwei freche Schwindler Robis und Bjalant lebten sich in der Reichenberger Gegend in Böhmen umher und sammelten Unterstufungen für die Blinden. Es gelang ihnen fast 20 000 Kronen zu erbeuten. Die auf großem Fuß lebenden Betrüger wurden festgenommen.

## Schnelzug nach dem Kerker.

Der Arbeitslose Hya beging einen Diebstahl, um verheißt zu werden. Der Schwindel kam aber heraus, und Hya mußte daher den Arrest verlassen. Nunmehr verübte er einen wirklichen Fahrraddiebstahl und kam wegen dieses Deliktes vor Gericht. Er wurde wegen Zurechtführung der Behörden und Diebstahl zu sechs Monaten unbedingten Kerker verurteilt.

## Brand in der Universität Toronto.

Durch einen Brand in der medizinischen Abteilung der Universität Toronto wurde Schaden im Betrage von 100 000 Dollar angerichtet. Es handelt sich um das Gebäude, in dem Dr. Banting und seine Kollegen ihre berühmte Insulinentdeckung machten. Viele wertvolle Chemikalien wurden zerstört.

## Ein Potentat über hundert „Untertanen“ gestorben.

Die Pariser Presse kündigt mit größter Betrübnis an, daß König Karl I. von Tavalora gestorben ist. Kein Mensch hatte bisher eine Ahnung von diesem Königreich. Tavalora ist eine Insel, die östlich von Sardinien liegt und von etwa hundert Hirten und Fischern bewohnt wird. Die herrschende Dynastie von Tavalora ist bereits seit 1843 an der Regierung. Damals besuchte nämlich König Karl I. von Sardinien die Insel und erklärte dem ältesten der Bewohner im Scherz: „Ich bin König von Sardinien, und Sie sind König von Tavalora.“ Dieser Anekdote, ein gewisser Joseph Barthelsson, ließ sich später diese Königwürde tatsächlich bestätigen und trat die „Herrschaft“ unter dem Namen Joseph I. an. Ihm folgte sein Sohn Paul I. und diesem der Enkel Karl I., der nunmehr im Alter von 84 Jahren gestorben ist.

## Kotainschmuggel in Frankreich.

Dienstag sind in Paris drei Personen verhaftet worden, die sich mit einem Kotainschmuggel beschäftigten. Die Namen der Verhafteten, von denen einer eine angesehene Pariser Persönlichkeit sein soll, werden vorläufig geheim gehalten.

## Die Raube der „Kulati“.

In einem Sowjetdorf im Permischen Gouvernement waren einige Großbauern, sogenannte „Kulati“, wegen systematischer Steuerhinterziehung zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Darauf beschloßen einige andere Kulati, Raube zu üben. Sie befrachten den Wagen des Staatsanwaltes mit einer Flüssigkeit, die den Geruch eines Harnes ausströmte. Als die Pferde unterwegs diesen Geruch wahrnahmen, gingen sie mit dem Gespann durch. Die Insassen wurden herausgeschleudert, die Frau des Staatsanwaltes erlitt einen Rippenbruch und eine Fußverrenkung. Gleichzeitig veranlaßte die Kulati, daß das Wohngebäude eines Bauern, der als Beifahrer an den Gerichtsverhandlungen teilgenommen hatte, in Brand gesetzt wurde.

## Eisenbahnsturz bei Kenabo.

Der Sonderzug, in dem der Präsident des Reiches Freikades von den Vereinigten Staaten nach Ottawa reiste, ist 40 Kilometer östlich der kanadischen Hauptstadt entgleist. Der Lokomotivführer und der Feizer wurden getötet. In dem Wagen des Präsidenten wurde niemand verletzt.

## Zunahme der Mordfälle.

In Adelaide (Australien) wurden neun Arbeiter beim Einbruch eines Eisenbahnwagens verhaftet. Es gelang drei zu retten, die anderen wurden erstarrt.

